

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 02.09.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Ausschussvorsitzende

Melanie Ranft

Harald Bartl

Andreas Schachtschneider

Dr. Ulrike Wünscher

Josephine Jahn

René Trömel

Eric Eigendorf

Kay Senius

Sabine Wolff

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)

SPD-Fraktion Halle (Saale)

Vertreter von Dr. Diaby

SPD-Fraktion Halle (Saale)

ab 17.45 Uhr

Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Vertreterin von Denis Häder

Helmut-Ernst Kaßner

Stadtrat

Torsten Bau

Sachkundiger Einwohner

Ralf-Jürgen Kneissl

Sachkundiger Einwohner

Cathleen Stahs

Sachkundige Einwohnerin

Andreas Slowig

Sachkundiger Einwohner

Torsten Schiedung

Sachkundiger Einwohner

Annika Seidel-Jähmig

Sachkundige Einwohnerin

André Scherer

Sachkundiger Einwohner

Katharina Brederlow

Verwaltung

Tobias Kogge

Verwaltung (Beigeordneter)

Steve Mämecke

Verwaltung

Dr. Christine Radig

Verwaltung

Uwe Weiske

Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Hendrik Lange

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)

Dr. Karamba Diaby

SPD-Fraktion Halle (Saale)

Denis Häder

Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Bertolt Marquardt

Sachkundiger Einwohner

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Frau Ranft** bat um eine kurze Vorstellung aller anwesenden Sitzungsmitglieder und der Verwaltung. Diese erfolgte.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, bat darum, folgenden Tagesordnungspunkt in der Tagesordnung von TOP 5 auf TOP 4 vorzuziehen:

**Bestellung einer Protokollführerin**  
**Vorlage: VI/2014/00047**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.06.2014
4. Bestellung einer Protokollführerin  
Vorlage: VI/2014/00047
5. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsausschusses
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Stadträtin Sabine WOLFF (NEUES FORUM) zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik  
Vorlage: V/2014/12809
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen



Rylke als Protokollführerin. Die Stellvertretung wird durch das Team Ratsangelegenheiten abgesichert.

## **zu 5 Benennung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsausschusses**

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, verwies auf die E-Mail der Verwaltung bezüglich der Vorgehensweise zu diesem TOP. Es handelt sich hierbei nicht um eine Wahl sondern um die Benennung des stellvertretenden Vorsitzenden. Sie schlug Herrn Schachtschneider vor, da dieser als ehemaliger Vorsitzender des Bildungsausschusses über hinreichende Kenntnisse und Erfahrungen verfügt.

**Herr Bartl, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, unterstützte den Vorschlag für Herrn Schachtschneider als stellvertretenden Vorsitzenden.

Es gab keine weiteren Personenvorschläge.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, rief zur Abstimmung des Vorschlages für Herrn Schachtschneider als stellvertretenden Vorsitzenden auf und bat die sachkundigen Einwohner zuerst um deren Votum.

Votum der sachkundigen Einwohner: **einstimmig zugestimmt**

Anschließend forderte sie die stimmberechtigten Mitglieder zu deren Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
**1 Enthaltung**

Der Bildungsausschuss benannte **Herrn Andreas Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, als stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsausschusses.

## **zu 6 Beschlussvorlagen**

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, stellte fest, dass keine Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung stehen.

## zu 7      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 7.1      **Antrag der Stadträtin Sabine WOLFF (NEUES FORUM) zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik** **Vorlage: V/2014/12809**

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, gab der Antragstellerin das Wort.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale)**, begründete ihren Antrag und bat darum, dass das Planspiel in dieser Wahlperiode durchgeführt wird. Die finanziellen Auswirkungen stehen nicht mit auf ihrem Antrag. Dieses Planspiel müsste über einen Träger und nicht die Stadt laufen, es gibt dazu bereits Erfahrungen. 2005 war die Friedrich-Ebert-Stiftung Organisator des Planspiels. Bspw. bietet auch die Bundeszentrale für politische Bildung ein Planspiel zur Kommunalpolitik an. Die Kosten für die Durchführung eines Planspiels könnten sicher dort erfragt werden. Die Verwaltung hat sich in ihrer Stellungnahme positiv zu dem Antrag geäußert und die Annahme des Antrages empfohlen.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, unterstützt das Anliegen. Allerdings wird im Beschlussvorschlag nur auf einen Adressatenkreis eingegangen, dies sollte erweitert werden.

**Frau Wolff** antwortete, dass es damals nur eine Schule war, die am Planspiel beteiligt war. Das könnte dann bei der Vorbereitung mit organisiert werden, den Adressatenkreis zu erweitern.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, unterstützte das Anliegen von Frau Wolff als auch den Vorschlag von Herrn Schachtschneider. Es sollten unterschiedliche Schulformen berücksichtigt werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sprach an, dass er den Antrag so verstanden hat, dass dies kein einmaliger Prozess sein soll und auch im Bewusstsein der Schüler so ankommt, dass das Planspiel Kommunalpolitik in wiederkehrender Zeitfolge aller paar Jahre durchgeführt werden soll.

**Frau Wolff** sprach an, dass die Durchführung eines Planspiels nicht so einfach ist und auf jeden Fall über einen Träger laufen müsste, nicht über die Stadt. Sie habe damals den Prozess mit begleitet und dieser lief über ein ¾ Jahr. Sie begrüßte, wenn dies in bestimmten Abständen gemacht werden soll.

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE/DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale)**, sprach an, dass die Verwaltung das Projekt „Politikpatenschaften“ bestätigt hat. Dies ist ein guter Anfang. Man sollte das Planspiel Kommunalpolitik an allen Schulen anbieten und nicht nur auf die weiterführenden Schulen beschränken. Die Weiterführung des Projektes würde er positiv finden.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, rief zur Abstimmung auf und bat die sachkundigen Einwohner zuerst um deren Votum.

Votum der sachkundigen Einwohner:                      **einstimmig zugestimmt**

Anschließend forderte sie die stimmberechtigten Mitglieder zu deren Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik mit Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren (und älter) weiterführende Schulen in der Stadt Halle (Saale) zu gewinnen und die Ausführung in der kommenden Wahlperiode des Stadtrates Halle (Saale) 2014 - 2019 vorzubereiten und zu unterstützen.

**zu 8          schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, stellte fest, dass keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vorliegen.

**zu 9          Mitteilungen**

---

**zu 9.1      Vorstellung des Fachbereiches Bildung**

---

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, stellte den Geschäftsbereich Bildung und Soziales (GB IV) mit den jeweiligen Fachbereichsleitern und Aufgaben vor und präsentierte hierzu eine PowerPoint.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, stellte den Fachbereich Bildung mit seiner Struktur und den Schwerpunktaufgaben vor und präsentierte hierzu ebenfalls eine PowerPoint. Sie stellte dem Bildungsausschuss die anwesenden AbteilungsleiterInnen ihres Fachbereiches kurz vor und wies darauf hin, dass die Abteilungsleiterin der Abteilung Schule und Service, Frau Dr. Radig, die stellvertretende Fachbereichsleiterin ist. Sie gab an diese das Wort zur Vorstellung ihres Bereiches.

**Frau Dr. Radig, Abteilungsleiterin Schule und Service**, erläuterte die Schwerpunktaufgaben ihrer Abteilung und wies auf die Schwerpunktthemen in der Bearbeitung hin. Dies sind u.a. die Sicherstellung des laufenden Schulbetriebes entsprechend des Bedarfes in den verschiedenen Schulformen, Schulinvestitionen im Bereich Bau und Ausstattung insbesondere die die Brandschutzsicherung an Schulen. Das aktuelle Schulgesetz wurde an die anwesenden Mitglieder verteilt. Beide Präsentationen werden im Sitzungsdienst Session hinterlegt.

## **zu 9.2 Information zum weiteren Verfahren der Beantragung im Förderprogramm STARK III, 2. Förderphase**

---

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, führte aus, dass die vom Rat am 16.07.2014 beschlossene Vorlage zur Bereitstellung zusätzlicher außerplanmäßiger Haushaltsmittel für die Untersuchung weiterer Schulstandorte zur Bedarfsanmeldung für das STARK III Programm im Bildungsausschuss nochmals aufgerufen wurde, um diese Information auch den sachkundigen Einwohnern zu geben und über die weitere Bearbeitung zu informieren. Zum 30.9.14 ist die Verwaltung aufgefordert, alle förderfähigen Schulen und Kitas mit Sanierungsbedarfen an das Land zu melden. Deshalb sei die ursprüngliche Liste von Schulen erweitert worden und derzeit prüfe die Verwaltung die eingehenden Ergebnisse der Planer, um die abschließende Bedarfsmeldung abzustimmen. Die nächste Verwaltungsrunde tagt dazu am 04.09. 2014. Bis zum 15.09.2014 werden auch die Vorschläge freier Träger vorliegen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sprach an, dass das Land Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland ist, in welchem diese Fördermittel für den Schulbau zur Verfügung gestellt werden. Es bestehe weiterhin die Herausforderung die Erfordernisse der Schulnetzplanung und die Schwerpunkte der energetischen Sanierung des Förderprogramms zusammenzuführen. Die entsprechende Förderrichtlinie des Landes wird Anfang 2015 erst kommen, dennoch sollen derzeit alle förder- und bestandsfähigen Einrichtungen bis 30.09.2014 gemeldet werden. Im Stadtrat wird Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Verwaltungsmanagement, zum aktuellen Stand STARK III informieren. Es werden die Projekte berücksichtigt, die für die Verwaltung die höchste Priorität haben.

## **zu 9.3 Auswertung der Aufnahme von SchülerInnen in weiterführenden Schulen, Schuljahr 2014/15**

---

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, wies auf die ausliegende Mitteilung hin. In der nächsten Sitzung können dazu Fragen gestellt werden. Konsequenzen aus den Zahlen werden in die weitere Schulentwicklungsplanung einfließen.

## **zu 9.4 Sachstand "Internationale Schule" in Halle (Saale)**

---

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies auf die zugegangene Mitteilung zu diesem TOP. Die Gründung einer internationalen Schule in privater Trägerschaft ist derzeit nicht in Sicht. Deshalb wurde in der Mitteilung auch zum bilingualen Unterricht ausgeführt. Hier werden einzelne Fächer in einer Fremdsprache unterrichtet. Am Johann-Gottfried-Herder Gymnasium wird bilingualer Unterricht angeboten. An anderen weiterführenden Schulen kann bilingualer Unterricht verbunden mit einer Erweiterung der Zügigkeit nicht angeboten werden, da die Platzkapazitäten der Schulen keine Spielräume lassen und vor allem die Regelschulangebote vorgehalten werden müssen. Bilingualen Unterricht entwickelt zudem eine Schule als Schulprofil, dies kann die Stadt nicht anweisen. Die Nachfragen an Grundschulen haben ergeben, dass es kein Interesse von Seiten der Schulen hierzu gab.



## zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

Anfangs des TOP wurde die Thematik zum „Rederecht“ eingebracht, da Anträge auf die Erteilung von Rederecht von Frau Wolff für Herrn Senger (Stadtelternrat), Frau Springer (Elternratsvorsitzende der Grundschule „Wolfgang Borchardt“) und von Herrn Bau für Herrn Mingenbach (Schulleiter Elisabethgymnasium) gestellt worden waren.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, legte hierzu ein Veto ein, da Anträge auf Rederecht nicht in der laufenden Sitzung gestellt werden können. Außerdem müssen entsprechende Begründungen für eine Erteilung des Rederechts eingebracht werden, was auch nicht erfolgte, bzw. könne Rederecht nur für konkrete Verhandlungsgegenstände und nicht für allgemeine Anfragen erteilt werden.

Es erfolgte eine kurze Diskussion zu dieser Thematik, da es hierzu unterschiedliche Meinungen gab.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE, im Stadtrat Halle (Saale)**, sprach eine Pause von 10 min. aus, um die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse hierzu nachschlagen zu können.

### PAUSE von 18.10 – 18.20 Uhr

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE im Stadtrat Halle (Saale)**, verwies auf § 8 Absatz 6 der Geschäftsordnung, in welchem klare Aussagen zum Rederecht getroffen werden. Ein Antrag auf Rederechterteilung zum TOP mündliche Anfragen ist jetzt nicht möglich. Sie entschuldigte sich für ihre Unkenntnis in dieser Angelegenheit. Sie ging zum TOP über und fragte nach Wortmeldungen zu mündlichen Anfragen.

## zu 10.1 Anfragen Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale)**, stellte folgende Anfragen:

1. Wann ist mit der Einbringung der Schulentwicklungsplanung zu rechnen?
2. Warum sind beim Förderprogramm STARK III keine Horte in der Beantragung dabei und wie ist der Stand zum Hort Lessingschule?
3. Wie ist der Stand zum Umzug der Friesengrundschule?
4. Wie setzte die Stadtverwaltung die Forderung der Eltern zum gewünschten Schulbeginn und zur Begleitung während des Schülertransportes um?

Da das Rederecht für Herrn Senger, Stadtelternrat, nicht eingeräumt worden ist, trug sie dessen Anliegen jetzt vor. Er wollte den Bildungsausschuss zur stattfindenden Schulmesse am 27.09.2014 in die Gutjahrschule einladen und informieren, dass das Projekt Schulwegbegleiter erneut zum Schuljahresbeginn starten kann.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, beantwortete Anfrage 1 dahingehend, dass die Schulentwicklungsplanung lange in der Abstimmung innerhalb der Verwaltung war und im Oktober auf die Tagesordnung kommen soll. Zur Anfrage 2 teilte er mit, dass es sich bei dem Hort Lessingschule um einen Neubau handelt, welcher nicht über STARK III gefördert werden kann. Hierzu sei eine Eigenmittelfinanzierung zu finden. Sofern sich Horte in Schulgebäuden befinden, werden diese beim Antrag auf STARK III-Mittel mit einbezogen. Bei Horten außerhalb der Schulgebäude müssen die jeweiligen Träger eine Förderung beantragen.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, äußerte sich zu den Anfragen 3 und 4 dahingehend, dass diese Fragen aus dem letzten Ausschuss schriftlich beantwortet wurden, bzw. Antworten in der Niederschrift vom 10.06.2014 enthalten sind. Für Kinder, die den Frühhort nutzen, soll der Transport in Regie des Hortträgers organisiert werden, die Kosten übernimmt die Verwaltung.

#### **zu 10.2 Anfrage Herr Scherer, sachkundiger Einwohner,**

---

**Herr Scherer, SKE**, stellte die Anfrage zu der Präsentation zum FB Bildung und den in 2014 nicht kassenwirksam werdenden Mitteln Was bedeutet diese Verzögerung für die Glauchaschule?

**Frau Müller, Abteilung Schule und Service**, erläuterte ausführlich den Stand dazu. Es gab im Jahr 2012 zur Sicherung der Fördermittel STARK III den Dringlichkeitsantrag (V/2012/11133) mit dem Auftrag, die Fördermittelanträge bis zum 15.05.2013) stellen zu sollen. Die Planung und Einstellung von Haushaltsmitteln erfolgte für die Grundschule Glaucha daraufhin mit Blick auf die Bereitstellung von Fördermitteln und einem Baubeginn 2014. Zur 2. Förderphase dieses Programms liegt jedoch noch keine Förderrichtlinie vor, Antragstellungen sind noch nicht möglich und deshalb auch kein Baubeginn für diese Schule in 2014. Vor 2017 wird es keinen Baubeginn geben, da hierfür ein Zuwendungsbescheid erforderlich ist. Die Glauchaschule bleibt verschoben, ist aber im Investitionsplan ab 2015 weiter enthalten. Ob aber eine STARK III Förderung überhaupt zu erwarten ist, da dies derzeit keine in Betrieb befindliche Schule ist oder ob das Bauvorhaben mit Eigenmitteln zu finanzieren sein wird, ist derzeit in der Abstimmung

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies auf die Einbringung des Haushaltes im September im Stadtrat und die anschließende Beratung in den Ausschüssen. Über STARK III können nur Gebäude saniert werden, die schon jetzt als Schule genutzt werden.

#### **zu 10.3 Anfragen Herr Schachtschneider, CDU/FDP, Pausenversorgung von Schülerinnen und Schülern in den kommunalen Schulen der Stadt Halle**

---

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, fragte zur Pausenversorgung von Schülerinnen und Schülern in den kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) an:

1. Welche Schulen haben eine Pausenversorgung)  
(Bitte um eine genaue Auflistung)

2. Welche Anbieter sind mit der Versorgung beauftragt?
3. Welche Mieten werden durch die Stadt Halle erzielt?  
(bitte genaue Auflistung mit Angabe der Größe des einzelnen Objektes)
4. Wie werden die Nebenkosten berechnet?
5. Welche Vertragslaufzeiten und Kündigungsfristen haben die Mietverträge?  
(Bitte Aufstellung der einzelnen Objekte)
6. Gibt es Vorgaben seitens der Stadt hinsichtlich eines Mindestangebotes an Speisen und Getränken?
7. Welche Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Preisgestaltung hat die Stadt Halle?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Schachtschneider** kritisierte, dass die Stadtverwaltung bereits eine Presseinformation zu den Vorhaben in den Schulen und Horten herausgegeben hat, ohne dass die Stadträte bzw. der Bildungsausschuss darüber informiert waren.

**Herr Kogge** verwies darauf, dass in der Pressemitteilung nur über solche schulischen Vorhaben berichtet wurde, die bereits bekannt seien, z.B. aus dem Neustädter Schuldialog. Es war möglich, im Ergebnis- und Finanzplan des Haushaltsplans zum ersten Mal wesentliche Teile aus der Schulentwicklungsplanung zu verankern, womit deren Priorität deutlich gemacht werden kann. Zum Hort Lessingschule wurde im Bildungsausschuss mehrfach informiert. Dieser sei nicht über STARK III finanzierbar, da es sich um einen Neubau handelt. Deshalb ist mit 3,3 Mio. EURO Eigenmitteln im Haushaltsplan enthalten. Die Glauchaschule ist ebenfalls im Haushaltsplan enthalten, diese dringend benötigte Schule können auch nicht über STARK III finanziert werden. Die für das neue Gymnasium benötigte Turnhalle könne nunmehr auf der Fläche zwischen der Stiftung St. Cyriaci und der Glauchaschule errichtet werden. Die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft plant dort eine Kita bauen zu wollen. In der Vorlage zur Schulentwicklungsplanung werden die Projekte näher vorgestellt.

**Herr Schachtschneider** verwies auf die Projekte, die nicht Gegenstand des Neustädter Schuldialogs waren und zu denen es bisher keine Standortfestlegung z.B. für das Gymnasium gibt. Die Verfahrensweise zur Information erst über die Presse ist kritikwürdig.

**Herr Kogge** entschuldigte sich für diese Vorgehensweise und begründete sein Vorgehen dahingehend, dass die Verwaltung deutlich machen wollte, was im Haushaltsplan für die Schulen aufgenommen wurde.

#### **zu 10.4 Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP**

---

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, fragte an, warum es kein erweitertes Angebot an bilingualen Unterricht geben soll. Dies empfinde sie als einen Nachteil für die Schüler.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wiederholte, dass an vorhandenen Schulen hierfür kein zusätzlicher Platz zur Verfügung gestellt werden könne, um Fachunterricht in zwei Sprachen anbieten zu können. Im Grundschulbereich wäre an einzelnen Schulen der Platz dafür gegeben. Trotz Anfragen an den Grundschulen gab es dort dafür kein Interesse.

#### zu 10.5 Anfrage Herr Bartl, CDU/FDP

---

**Herr Bartl, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, fragte an, ob von Eltern die Religionszugehörigkeit erfragt werden darf. Es handelt sich hierbei um den Fall, dass Eltern einen Antrag auf Grundschulwechsel gestellt haben, weil an der jetzigen Grundschule ihres Kindes kein Religionsunterricht angeboten werden kann.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales)**, antwortete, dass für diese Angelegenheit das Landesschulamt der Ansprechpartner ist, da diese die alleinige Verantwortung bei Einschulungen oder Grundschulwechsel haben.

Er wird hierzu beim Landesschulamt anfragen und Herrn Bartl informieren.

#### zu 10.6 Anfragen Herr Bau, sachkundiger Einwohner

---

**Herr Bau, SKE**, stellte folgende Anfragen im Zusammenhang der Presseinformation zur Schulentwicklungsplanung (SEPL), wobei er ebenfalls die Verwaltung für diese Vorgehensweise kritisierte, da auch die sachkundigen Einwohner keine Kenntnis vorab hatten.

1. In der SEPL soll stehen, dass die Investition für den Hort der Grundschule Lessing 2016/17 erfolgen soll. Ursprünglich war 2015/16 geplant, wie verhält sich das?
2. Die Problematik der fehlenden Plätze an den Gymnasien wurde ebenfalls in der Presse deutlich gemacht. Es gab ein Angebot des Elisabethgymnasiums zur Kapazitätserweiterung, welches von der Verwaltung zurückgewiesen wurde. Warum wurden die Gespräche dazu eingestellt und mit dem Träger nicht dazu verhandelt?
3. Zum Giebichensteingymnasium stand eine Platzvergrößerung von 600 Plätzen in der Presse. Bei einer Kapazitätserweiterung ist der Bildungsausschuss vorab zu hören.
4. Zur Jägerplatzschule möchte er wissen, ob es für dieses Objekt Anfragen freier Träger oder aus dem Saalekreis gibt.
5. Wieso kann die Glauchaschule nicht über STARK III saniert werden?

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, antwortete

Zu 1.: Bis zur Fertigstellung des Hortneubaus werde geprüft, ob weitere Räume im Umfeld genutzt werden können. Bspw. wird geprüft, ob im Jugendbegegnungszentrum „Wasserturm“ das Untergeschoß vorübergehend zur Hortbetreuung genutzt werden könnte. Eine

Betriebserlaubnis kann übergangsweise 1 – 2 Jahre erteilt werden. Der Neubau des Hortes für diese Grundschule ist dennoch dringend erforderlich.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, ging auf die Anfragen 2, 3 und 4 ein.

Zu 2.: Es handelt sich beim Elisabethgymnasium um einen freien Träger. Hinsichtlich des Angebotes auf Kapazitätserweiterung stand auch die Frage zur Finanzierung. Hier konnte der Wunsch des Trägers nicht erfüllt werden. Man könne sich aber dazu nochmals zusammensetzen.

Zu 3.: Für die Gymnasien ist dringend eine Kapazitätserweiterung erforderlich. Der Elternwunsch kann momentan an einigen Gymnasien nur über das Losverfahren entschieden werden, da nicht ausreichend Plätze vorhanden sind. Wenn bis 2018 alle benötigten Plätze da sind, kann über ein Ende des Losverfahrens für die Plätze am Gymnasium nachgedacht werden. Der MZ-Artikel sollte keinen notwendigen Beschlüssen zur SEPL-vorgreifen sondern lediglich darstellen, zu welchen Vorhaben die Verwaltung Finanzierungsvorschläge im Rahmen der Investitionsplanung ab 2015 abgestimmt habe.

Zu 4.: Der Saalekreis hatte Interesse an der Schule, zwischenzeitlich wurde aber eine andere Lösungsvariante gefunden und deswegen erfolgten keine weiteren Anfragen dazu. Freie Träger haben zu dem Objekt nach seinem Wissen nicht angefragt.

Zu 5.: Als Fördervoraussetzung müsse eine Schule als solche genutzt werden, Dies ist an diesem Standort derzeit nicht der Fall. Ein Antrag auf STARK III-Förderung werde aber voraussichtlich dennoch beim Land gestellt, damit eine schriftliche Absage mit Begründung vorliegt. Bisher gibt es dazu eine mündliche Aussage der Investitionsbank

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte zu, einen Gesprächstermin mit Herrn Mingenbach zu vereinbaren.

## **zu 10.7   Anfragen Herr Slowig, sachkundiger Einwohner**

---

**Herr Slowig, SKE**, sprach an, dass der Bedarf an den Gymnasialplätzen an den derzeitigen Schulen nicht mehr abdeckbar ist. Wenn das neue Gymnasium in der Dreyhauptstraße mit fünf 5. Klassen im Schulobjekt Rigaer Straße im Schuljahr 2015/16 starten soll, wie will die Stadt verhindern, dass diese Schule zum „Auffangbecken abgewählter Schüler“ wird und wie will die Stadt das Anwahlverfahren für das noch nicht etablierte Gymnasium steuern.?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies darauf, dass dies ein schwieriger Prozess wird. Klar sei, dass man an einem vorübergehenden Standort für das künftige Gymnasium starten müsse und das hier wohl auch viele Schüler Plätze zugewiesen erhalten, die ursprünglich andere Gymnasien angewählt hatten bzw. Im Februar abwählen werden. Elternwünschen könne auch derzeit nicht immer entsprochen werden und deshalb wird es auch hier auf Umlenkungen herauslaufen. Vielleicht erhöhe dies aber auch die Attraktivität der Schulen mit inhaltlichen Schwerpunkten für hallesche Schüler.

## zu 10.8 Anfrage Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, fragte zum Baustart der Friesen- und Herderschule an.

**Herr Heinz, Fachbereichsleiter Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement**, antwortete, dass die Ausschreibungen erfolgt sind. Im September/Oktober beginnen die Arbeiten und diese sollen bis zum Frühjahr 2015 abgeschlossen werden.

**Frau Ranft** wollte wissen, ob von Verzögerungen ausgegangen wird.

**Herr Heinz** entgegnete, dass er davon ausgehe, dass es keine Verzögerungen geben werde. Die Umzüge laufen dann wie geplant zum Schuljahresende 2014/15 wieder zurück in die Schulen.

**Frau Ranft** merkte an, dass es demnach gereicht hätte, wenn die Kinder erst im Herbst ausgezogen wären.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, antwortete, dass für einen solchen Schulumzug genügend Zeit vorzusehen ist und dafür die Herbstferien zu gering seien.

## zu 11 Anregungen

---

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, regte an, dass ausgeteilte Unterlagen im Zuge der papierlosen Ratsarbeit gleich immer im Session hinterlegt werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sprach an, dass ab der nächsten Stadtratssitzung die papierlose Ratsarbeit erfolgen soll und die Unterlagen unter der jeweiligen Sitzung im Ratsinformationsdienst Session hinterlegt werden.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale)**, regte ein Gespräch zwischen Herrn Kogge und Frau Springer an.

**Frau Ranft** beendete um 19.08 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter

---

Melanie Ranft  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
Protokollführer/in